

Workshop 2: Governance

Herausforderungen für die Stadtentwicklung aus Sicht der Governance-Forschung

Dr. Marco Pütz

Abstract

Der Beitrag gibt einen Überblick über aktuelle Herausforderungen der Stadtentwicklung und der Stadtpolitik aus Sicht der Governance-Forschung. Daran anknüpfend kann im Workshop die Frage diskutiert werden, welchen Beitrag IuK-Strategien zur Bewältigung der skizzierten Herausforderungen leisten können.

Der erste Teil des Beitrags führt in die grundlegenden Fragen der raumbezogenen Governance-Debatte ein, um deutlich zu machen, mit welcher Perspektive die Governance-Forschung Städte und Stadtentwicklungsprozesse untersuchen kann. Es soll deutlich werden, dass mit Hilfe einer Governance-Perspektive das dynamische Zusammenwirken von Akteuren *und* Institutionen einer Stadt oder Region im Mittelpunkt der Betrachtung steht, also die Analyse von Strukturen mit der Analyse von Handlungen verbunden wird. Die Governance-Perspektive ist dynamisch, bleibt nicht auf Akteursnetzwerke beschränkt und betont den institutionellen Kontext und die Strukturen, in denen Akteure handeln. Die Strukturen und Prozesse räumlicher Entwicklung können als Ergebnis marktlicher, staatlicher und kooperativer Interaktionsmodi interpretiert werden. Den ersten Teil abschliessend werden Merkmale und Formen von Urban Governance in Anlehnung an die Ansätze von Scharpf (2000) und Kooiman (2003) vorgestellt.

Im zweiten Teil des Beitrags werden aktuelle Herausforderungen für die Stadtentwicklung und die Stadtpolitik skizziert. Abstrakt und nach Schuppert (2006) formuliert geht es für Städte darum, öffentliche und private Akteure bei der Herstellung öffentlicher Güter zu koordinieren. Konkret geht es dabei u.a. um Fragen der Institutionalisierung von Governance-Strukturen, Artikulation und Durchsetzung von Interessen, Mitgestaltung durch private Akteure, politische Kontrolle sowie demokratische Legitimation von städtischen Entwicklungsprozessen. Abschliessend wird diskutiert, wann es gerechtfertigt ist, Governance mit Attributen wie partizipativ, gerecht oder demokratisch zu belegen und damit normativ im Sinne von Good Governance zu gebrauchen.